

Europa Monitor

Nr. 18



Europäische Union

Forderung nach Überdenken der Gas-Deals mit Katar

Im Zusammenhang mit dem Lobby- und Korruptionsskandal im Europäischen Parlament kommt es nun zu Forderungen nach Überdenken der Gas-Deals, die Mitgliedsländer der EU mit Katar abgeschlossen hatten.

Vergangenen Freitag wurde Eva Kaili, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, von der belgischen Polizei wegen Korruptionsverdachts festgenommen. Bei einer Durchsuchung der Privatwohnung der Politikerin seien "mehrere Taschen voller Geldscheine" gefunden worden. Das reichte aus, um sie zu verhaften. Die par-



Eva Kaili mit dem katarischen Arbeitsminister im Oktober diesen Jahres in Doha /Foto: Reuters via Twitter

lamentarische Immunität schützt Abgeordnete nicht, wenn ein dringender Tatverdacht besteht und die Gefahr einer Absprache besteht. Sie wurde am Freitagabend aus ihrer Partei PASOK

ausgeschlossen, ihre Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments wurde suspendiert. Am Samstagabend wurden ihr alle Befugnisse und Pflichten als Vizepräsidentin entzogen, wie ein Sprecher des Europaparlaments mitteilte. Am Montag entschied das Parlament bei nur einer Gegenstimme die Abwahl als Vizepräsidentin. Als gewählte Abgeordnete kann sie allerdings ihr Mandat nicht verlieren, sie kann dieses nur freiwillig zurücklegen.

Im Zuge des Korruptionsskandals im Europaparlament haben die griechischen Behörden sämtliche Vermögenswerte der festgenommenen Parlamentsvizepräsidentin Eva Kaili eingefroren. Am heutigen Mittwoch entscheidet ein belgischer Richter über die Fortführung der Untersuchungshaft.

Die Korruptionsaffäre im EU-Parlament könnte nun Folgen für die EU-Energiepolitik haben. Der Europaabgeordnete Dennis Radtke stellt die Gasverträge mit dem Emirat infrage.

„Wir müssen uns die Frage stellen, ob der Westen mit seinen Milliarden Euro für Gaskäufe dieses korrupte Regime am Golf weiter unterstützen will, oder ob die Geschäftsbeziehungen aufgrund der aktuellen Situation nicht besser eingefroren werden“, erklärte Radtke am Montag.

Katar hatte Ende November verkündet, ab 2026 jährlich bis zu zwei Millionen Tonnen Flüssiggas (LNG) nach Deutschland zu liefern. Der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte Katar Anfang des Jahres besucht und politische Rahmengespräche geführt. Bundeskanzler Olaf

Scholz (SPD) sprach dann bei seinem Besuch in Katar im September von Fortschritten bei den Verhandlungen über Flüssiggas-Lieferungen. Berlins Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) forderte indes eine „restlose Aufklärung“ der Korruptionsaffäre um Katar. „Das ist wirklich ein unglaublicher Vorfall, der muss jetzt ohne Wenn und Aber aufgeklärt werden mit der vollen Härte des Gesetzes“, sagte sie am Montag am Rande des EU-Außenministertreffens in Brüssel. Es müssten „in unterschiedlichen Bereichen Konsequenzen folgen“, sagte Baerbock weiter. In dem Fall gehe es „um die Glaubwürdigkeit Europas“. Im Gespräch ist etwa ein Aufschub der Verhandlungen über Visa-Erleichterungen für Katar. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell nannte die Anschuldigungen gegen die Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Eva Kaili, „besorgniserregend“. „Es handelt sich um sehr schwerwiegende Vorwürfe“, betonte er.

Neue Sanktionen gegen Iran

Das iranische Regime setzt weiter auf größte Brutalität und hat einen zweiten Teilnehmer der



Die deutsche Außenministerin Baerbock mit ihrem finnischen Kollegen Haavisto /Foto: AP

Straßenproteste hinrichten lassen. Der 23-jährige Maschid Reza Rahnaward wurde am vergangenen Montag in Maschhad öffentlich gehängt. In einem rechtsstaatlich mehr als zweifelhaften Prozess war er des „Kriegs gegen Gott“ für schuldig gesprochen und zum Tode durch den Strang verurteilt worden - eine Standardformulierung für Widerstand gegen das Islamistenregime in Teheran. Es brandmarkt die meist jungen Demonstranten als „Terroristen“, die sich von Feindstaaten wie den USA oder europäischen Regierungen hätten kaufen lassen, um Unruhe zu stiften und der Islamischen Republik zu schaden.

Ebenfalls am Montag beschlossen die Außenminister der 27 EU-Mitgliedstaaten in Brüssel einstimmig neue Strafmaßnahmen gegen Iran. Sie sollen etwa 20 Personen und eine Organisation treffen, die für die schweren Menschenrechtsverletzungen im Land verantwortlich sind. Die EU-Außenminister sprachen von „unglaublichen Verbrechen“ und einem „unverhohlenen Einschüchterungsversuch“ des Regimes. Zudem wurden weitere Sanktionen gegen Iran wegen der Unterstützung des russischen Kriegs gegen die Ukraine beschlossen. Iran reagierte mit Gegenanktionen, darunter auch gegen Politiker aus dem EU-Raum.

Schweden

Migration in das skandinavische Land wird durch neue Regierung erschwert

Nach Dänemark, wo schon vor Jahren das Ziel „Null Migration“ ausgelobt und die Hürden für die Einbürgerung deutlich angehoben wurde, hat auch Schweden begonnen, seine Migrations- und Integrationspolitik erheblich zu verschärfen. In dem Land, das lange die liberalste Einwanderungspolitik Europas pflegte, hat die neue Regierung eine Wende vollzogen.

Mit der neuen konservativen Regierungskoalition, auf die Schwedens Rechtsnationale erstmals erheblichen Einfluss haben werden, dürfte sich diese Entwicklung noch weiter verschärfen. Begonnen hatte der Wandel bereits 2015, als im Zuge der Migrationskrise mehr als 160.000 Menschen nach Schweden kamen, das damit pro Kopf mehr Menschen aufnahm als jedes andere europäische Land. Die damalige sozialdemokratische Regierung verschärfte erstmals das Asylrecht.

Auch das unbefristete Bleiberecht schaffte Stockholm nach drei Jahrzehnten ab und machte im vergangenen Sommer aus der temporären Lösung eine gesetzlich verankerte. Die rechtsnationalen Schwedendemokraten hatten noch schärfere Regeln gefordert, auch für die schwedische Staatsbürgerschaft.

Die Partei schaffte es im Aufwind von Debatten über hohe Kriminalität und die Aushöhlung des Sozialstaats durch zu hohe Einwanderungszahlen erstmals, ein rechtskonservatives Bündnis mit Moderaten, Christdemokraten und Liberalen zu schmieden. Aus den Wahlen im September ging

sie schließlich als zweitstärkste Kraft hervor. Und obwohl die Schwedendemokraten formal nicht Teil der neuen Regierung sind, kommt die



Premier Kristersson (r.) mit dem Chef der Schwedendemokraten Åkesson /Foto: AFP

geplante Koalition unter Führung des Moderaten-Chefs Ulf Kristersson ohne sie auf keine Mehrheit im Reichstag, was den Rechtspopulisten größere Macht einräumt.

Die einwanderungsfeindliche Partei will neben der Abschaffung von Daueraufenthaltsgenehmigungen erreichen, dass Menschen frühestens nach zehn Jahren eingebürgert werden können, statt wie bisher in fünf Jahren oder drei in Ausnahmefällen. Auch die grundsätzlichen Anforderungen für die Bewerbung sollen höher werden, etwa bei Sprachniveau und Kulturkenntnissen, die anders als bisher üblich in Tests abgefragt werden sollen.

Zwar bürgert Schweden im europäischen Vergleich aktuell noch immer die meisten Ausländer ein, doch eine Absichtserklärung der neuen Regierungskoalition deutet an, dass nach der Wende in der Migrationspolitik bald auch in Sachen Staatsbürgerschaft neue Verhältnisse gelten könnten.

Mitte Oktober legten die neuen Koalitionspartner den Grundstein für ihre künftige Zusammenarbeit im sogenannten Tidö-Abkommen, das nach dem Schloss benannt ist, in dem sich die Parteien auf mehrere Schnittmengen geeinigt hatten. Eine zentrale Rolle spielen darin die Themen Migration und Integration.

Deutschland

Streit um neues Migrationsgesetz

Im Streit über eine Vereinfachung des Einbürgerungsrechts hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf die Seite von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) gestellt. "Neun Millionen Bürgerinnen und Bürger leben und arbeiten in unserem Land, ohne dass sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Eine Demokratie aber lebt von der Möglichkeit, mitzubestimmen. So entsteht Legitimität, so wächst die Akzeptanz staatlicher Entscheidungen", sagte Scholz in Berlin. Zuvor waren die Pläne von Faeser, die Einbürgerung statt nach acht bereits nach fünf und in Ausnah-



Olaf Scholz bei einer Veranstaltung zum neuen Migrationsrecht /Foto: Stern

mefällen nach drei Jahren zu ermöglichen, auf Kritik aus der Opposition, aber auch vom Koalitionspartner FDP gestoßen.

Scholz verwies auf den Mangel an Fachkräften und forderte, Deutschland als Einwanderungsland attraktiver zu machen. Die Integration von Zuwanderern funktioniere am besten über den Arbeitsmarkt. "Hürden und Verzögerungen auf dem Weg in den Arbeitsmarkt wegzuräumen, ist daher gut für unser Land und gut für diejenigen, die hier leben und arbeiten möchten", betonte Scholz. Ein Sprecher von Innenministerin Faeser verwies darauf, dass mit den Plänen für eine vereinfachte Einbürgerung lediglich ein Vorhaben des Koalitionsvertrags von SPD, Grünen und FDP umgesetzt werde.

Die Ampelparteien hatten sich im Koalitionsvertrag auf die Schaffung eines "modernen" Staatsangehörigkeitsrechts mit der Möglichkeit einer Einbürgerung "in der Regel" nach fünf Jahren, "bei besonderen Integrationsleistungen" nach drei Jahren geeinigt. Ende 2021 lebten gut

72 Millionen Menschen mit deutscher und rund elf Millionen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland. Von denen hielten sich mit fast sechs Millionen die meisten seit mehr als zehn Jahren in Deutschland auf.

Faesers Plan folgt dem Ziel, die Integration von Migrantinnen und Migranten zu beschleunigen. Neben kürzeren Wartezeiten vor der

Einbürgerung sieht die Reform auch vor, einen Grundsatz des deutschen Rechts abzuschaffen: das Vermeiden von mehreren Staatsangehörigkeiten. Ziel der Reform ist es, die "Mehrstaatigkeit generell zuzulassen", heißt es in dem Papier. In der Praxis war das zuletzt ohnehin die Regel. Im vergangenen Jahr lag die Mehrstaatenquote bei Einbürgerungen bei fast 70 Prozent.

